

# **Protokoll des 1. Landesschülerparlamentes der Landesschülervertretung der Gymnasien in Schleswig Holstein im Schuljahr 2011 / 2012**

**Vorsitz: Der Landesvorstand**

**Protokoll: Der Landesvorstand 2010/2011**

**Beginn: 13:55**

**TOP 1: Begrüßung**

Torben begrüßt in seiner Funktion als Landesschülersprecher alle Anwesenden. Er gibt einen Ausblick auf das Wochenende und stellt kurz die Aufgaben des Landesschülerparlamentes und des Landesvorstandes vor. Der Landesvorstand und Carsten Totzke stellen sich vor.

**TOP 2: Grußwort der Landtagsvizepräsidentin Marlies Fritzen**

Marlies Fritzen (Landtagsvizepräsidentin) stellt sich und ihre Arbeit vor. Sie hält eine kurze Rede über den Landtag, wann er gegründet wurde und welche Funktionen und Rechte er besitzt.

**TOP 3: Organisatorisches**

Lennart Jürgensen klärt über Regeln im Landtag auf.

Es sind 53 Stimmberechtigte anwesend.

Die Tagesordnung wird in der in der Infomappe vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Das Protokoll des letzten LSP's wird zur Abstimmung gestellt. Das Protokoll wird einstimmig angenommen

**TOP 4: Meeting People**

Malte Kosub stellt „Meeting People“ vor und organisiert den Ablauf.

Es finden sich Gruppen zusammen, um sich kennen zu lernen und sich Fragen für das Gespräch mit Bildungsminister Dr. Klug zu überlegen.

**TOP 5: Vortrag des Verbandes Schleswig-Holsteinischer Schulpsychologen**

Lennart begrüßt die beiden Vertreter des Verbandes schleswig-holsteinischer Schulpsychologen, Herrn Lorenzen Lemke und Herrn Becker. Herr Lorenzen Lemke bedankt sich für die Einladung und stellt den Vorstand des VSHS vor.

Der VSHS ist einer von 14 Landesverbänden der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in Schleswig Holstein (SP). Er vertritt die Interessen der 16 SP im Land. 23 sind gesamt in SH tätig, davon sind 16 im Verband Mitglied.

Der VSHS besteht seit 30 Jahren und steht so seit langen Jahren für Fachkompetenz und engagierter Arbeit. Der VSHS dient als Austauschgremium SP in SH und ist die Vertretung gegenüber der Politik und Dritten.

SP arbeiten insbesondere in der Unterstützung von Schulen und Aufsichtsbehörden. Primär sind die VSHS für allgemeinbildende Schulen und Förderzentren zuständig. Die BS werden zwar auch bedient, bei ihnen liegt jedoch nicht der Schwerpunkt.

Im Durchschnitt ist ein SP in SH für 18.300 Schülerinnen und Schüler sowie 1400 Lehrkräfte tätig.

Priorität hat die Beratung der Lehrkräfte, die als Multiplikatoren dienen.

Die Inanspruchnahme des Schulpsychologischen Dienstes ist freiwillig und neutral. SP arbeiten unter einer Schweigepflicht und unterstehen nicht dem Bildungsministerium, das hilft besonders dabei, die Arbeit auf einem neutralen Niveau zu gestalten.

Grundsätzlich versuchen SP immer, sich in das System der Beratungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler einzufügen und mit anderen Einrichtungen zusammenzuarbeiten. Sie sind dabei das einzige Organ, das eine wirkliche psychologische Beratung durchführen kann.

Die Probleme seien nach der Einführung von G8 an Gymnasien noch dramatischer geworden und auf noch mehr Schülerinnen und Schüler zutreffen.

Zwei Fälle der SP werden geschildert, an ihnen wird deutlich gemacht, wie die SP vorgehen. Der Schwerpunkt liegt auf den Ursachen für die Beschwerden, die mit traumatischen Erlebnissen zusammenhängen können und z.T. sogar noch vor der Geburt zu finden sind. Dann wird –meist durch Über Beratungsgespräche- versucht, das Leiden des Patienten zu mindern und nachhaltig zu helfen.

Auf Nachfragen wurde wie folgt geantwortet:

Die Frage nach dem Unterschied zwischen einem Schulsozialarbeiter und einem Schulpsychologen wird mit seiner höher qualifizierten Ausbildung (SP) beantwortet.

Weiter wird berichtet, dass oft mehrere Multiplikatoren für die Entstehung psychischer Probleme oder Ängste verantwortlich sind. Viele Kinder sind deshalb froh, dass es, wenn auch nur wenige, SP an den Schulen gibt, die helfen können.

Die Frage, wieso denn nur so wenige SP im Land unterwegs sind, wird mit der Einstellungsquote an den Schulen beantwortet. Gleichzeitig sind allerdings auch wegen der langen Ausbildung wenige SP im „Umlauf“.

Schülerinnen und Schülern muss rechtzeitig geholfen werden, bevor eine psychische Erkrankung/ Beeinträchtigung eintritt, betont Becker, es sei unverantwortlich, dass vom Land kein zusätzliches Geld zur weiteren Förderung dazukommt.

Es wird auch über Lehrergesundheit gesprochen, auch Lehrenden müssen SP helfen, ob wegen der Gefahr eines Burn Outs oder schwererziehbarer Kinder.

13-14 zusätzliche Stellen wünschen sich der VSHS, die Frage der Finanzierung bleibt offen.

Der Entwicklungsstand und die Qualität der Schulpsychologie hängen vom Entwicklungsstand im Land ab, aber auch der Gelder, welches in einigen Ländern mehr eingesetzt wird.

Beispielsweise ist die Relation Kind – SP in Dänemark viel besser, dort kommen auf einen SP 800 Schülerinnen und Schüler. In Hamburg, Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein exemplarisch 5000 Kinder auf einen SP.

SP wollen uns die Präsentation zuschicken

## **TOP 6:** Besuch des Bildungsministers Dr. Klug

Der Minister begrüßt uns.

Neue Themen, gäbe es in der Bildungspolitik, er möchte uns von seiner Arbeit und den dabei auftretenden Problemen berichten.

Er lobt die Arbeit der LSV, Rückmeldungen und Anregungen von „direkt Betroffenen“ seien immer wertvoll, er könne dann noch näher am Subjekt arbeiten.

Wesentliche Punkte Einführung der Wahlfreiheit über G8 und G9 werden erläutert, wichtig sei Klug vor allem, dass sowohl die Kinder glücklich sind, als auch die Qualität in der schleswig-holsteinischen Bildung nicht abnehme.

Die Gymnasien bekommen 180 zusätzliche Lehrplanstellen und eine bessere Ausstattung im Bereich Mobiliar und (elektronische) Tafeln.

Schulgesetz Versetzungsregelung: Mit dem erfolgreichen Eintritt in die 11. Bekommen wir offiziell unseren Realschulabschluss, einige Schulen machen aber dennoch eine kleine (MSA)Prüfung, in Form einer Präsentationsprüfung, laden Eltern und Interessierte ein und bringen diese Note als direkte Note ins Zeugnis ein.

Erstmals wurden in diesem Jahr mit zusätzlichen Mitteln aus dem Landes- und Bundeshaushalt weitere Schulsozialarbeiterstellen an Schulen ermöglicht, jedoch keine SP-Stellen(weiterführende Schulen). Die Grundschulen bekamen 2,5 Millionen Euro vom Land, um auch hier bei der Schulsozialarbeit aufzuholen und mehr einstellen zu Können. Die Kommunen bekommen insgesamt 10- 11 Millionen Euro im Jahr für solche und weitere Maßnahme, damit würde auch Freiraum zur Begabtenförderung gegeben werden, damit auch hier mehr passiert.

Der Minister fordert mehr Kompetenzentwicklung im Land, sowohl im Unterricht, als auch für Lehrerinnen und Lehrer, will diese Fortbildungen aber nicht kostenlos machen, geschweige denn außerhalb der Freizeit der Lehrerinnen und Lehrer legen.

Wichtig sind ihm auch die DAZ-Zentren (DeutschAlsZweitsprache), in denen differenzierter auf Migranten und nicht Muttersprachler eingegangen werden kann.

Handlungskonzept einer modernen Schule, Schülerinnen und Schülern bei denen das Erreichen eines Abschlusses als gefährdet angesehen ist, können ein Jahr länger lernen (Hauptschulabschluss 10 Jahre), außerdem wird es eine verbesserte Einführung in Berufswelt (Praktika, Coaching) an den weiterführenden Schulen geben, beispielsweise den Regionalschulen.

Durch dieses Konzept soll die Rate der weniger Schul-Abbrecher von 10 auf 7 gesenkt werden.

Zum neuen Lehrstellenmarkt erklärt der Minister, es sei eine tolle Entwicklung, doch in unseren Augen schiebt er damit nur Verantwortlichkeiten ins Internet, an Dithmarscher Schulen Physik zu unterrichten wird dadurch nicht attraktiver, ebenso auf der Insel Sylt einen Informatiklehrer zu finden, wird dadurch nicht erleichtert.

Bildungsföderalismus kommentiert Klug, die letzte Reform muss überprüft werden Kooperationsverbot muss gelockert werden.

91 b des GG soll eine Qualitätsverbesserung, Förderungen von GTS, Schulsozialarbeit, inklusive Beschulung u.v.m. enthalten werden, dahin gehend sollte dieser Paragraph geändert werden.

Stärkung von Länderkooperationen. Länderübergreifender Aufgabenpool für schriftl. Prüfungen. Es soll Bundesweit qualitativ ein Abitur geben, das vergleichbar und fair ist. Abschließend dankt er Torben Stallbaum für seine Tätigkeit und wünscht dem neuen LSS viel Glück und eine gute Zusammenarbeit mit dem Ministerium.

Weitere Fragen zum Vortrag und dem aktuellen Geschehen werden nun (in den Gruppenphasen ausgearbeitet) gestellt:

Kristof Heitmann stellt stellvertretend für die Gruppe 1 die Frage, warum in den sog. „Vorabiturklausuren“ auch das Kernfach abgefragt wird, das nicht in den endgültigen Abiturprüfungen anbelangt.

Dr. Klug legt dar, warum er der Überzeugung ist, dass es notwendig ist in allen Kernfächern eine Abiturvorklausur zu schreiben. Hierbei nennt er die Argumente, dass zum einen es eine umfassende Vorbereitung auf das Abitur erfordert in allen Kernfächern eine Vorabiklausur zu schreiben. Zum anderen zähle die Vorabiklausur auch als normale Klausur für die Halbjahresnote. Aus dem Plenum kommt zahlreicher Widerspruch, da auch das Schreiben von nur drei Vorklausuren Vorbereitung genug wäre und beispielsweise das Lernen für eine Matheklausur zu umfangreich ist.

Als nächstes Thema wird die Frage G8/G9/Y-Modell diskutiert. Sönne Jensen stellt für die Gruppe 2 die Frage, warum die Schulen mit einer solchen Frage behelligt werden müssen und dies nicht einheitlich vom Landtag entschieden werden können.

Der Bildungsminister begründet dies mit einem „Paradigmenwechsel“ in der Politik. Die neue Regelung biete den Schulen ein enormes Maß an Entscheidungsfreiheit. Viele Schulen und auch SchülerInnenvertretungen hätten diese Möglichkeit der freien Entscheidung auch gerne in Anspruch genommen.

Des Weiteren wird das Thema Ortswechsel angesprochen. Es bestehe die Problematik, dass man nicht mehr leicht die Schule wechseln könne, wenn dort unterschiedliche Wege zum Abitur angeboten werden. Der Bildungsminister entgegnet dem, dass die Oberstufe in beiden Bildungsgängen weiterhin gleich ist. Darüber hinaus seien die Lehrpläne von G8 und G9 bereits in der Form angepasst worden, dass exakt derselbe Stoff vermittelt wird, lediglich in einem unterschiedlichen Zeitraum.

Herr Dr. Klug bringt bereits oft gehört Argumente zur Verteidigung seines Konzepts vor. Vor allem stellt er dem Argument, dass seine Reformen einen Schulfrieden verhindert hätten, die Argumentation entgegen, dass alles andere ein Schuldiktat gewesen wäre.

Sönne Jensen meint, dass Eltern sich bei ihm an der Schule für G9 entschieden haben. Klug antwortet, dass es vernünftig ist, dass die Schulkonferenz darüber abstimmen kann und alle einzelnen Gremien ihre Position unabhängig darlegen können. In Niebüll hat sich die Schulkonferenz fast einstimmig für G9 entschieden.

Torben bedankt sich abschließend bei Herrn Dr. Klug. Klug bedankt sich anschließend noch einmal bei dem LSP.

## Reflektion des Gespräches mit Klug:

### Wörtlich:

1. Til beschreibt ihn mit den Worten; selbstuberzeugt, Politikerdenken, vorbereitet auf Gespräch, trotzdem Angst vor dem Plenum und seinen Fragen zu spüren gewesen
2. Meike fand das Gespräch interessant, trotz des ganzen Ausweichens, er habe keine Lösungsvorschläge gegeben, die erhoffe er sich von uns. Das sei aber nicht unsere Aufgaben, sondern die, der Politik.
3. Hannes bemerkt, dass nichts Konkretes in den Antworten herauskam, er immer wieder Abschweifte, Klug sei nicht sonderlich gut aufgetreten und wäre ihm persönlich nicht authentisch genug aufgetreten
4. Konstantin meint, er sei nicht abgewichen von seinem Punkt, nimmt keine Vorschläge an, hat selbst Angst zu viel zu sagen.
5. Leo aus Bayern ist überrascht über G8/G9-Diskussion.
6. Jakob fand Herrn Klug persönlich gut, bemerkt aber auch seine ausweichenden Antworten auf einige Nachfragen, ebenso verschliee er die Augen vor der Realität. Er ist nicht auf uns eingegangen.
7. Tristan und Julia fordern weniger Redezeit für den Minister bei weiteren Einladungen auf Landesschulerparlamente dafür aber mehr Zeit für Fragen.
8. Sönne, will auch, dass Klug mehr auf uns eingeht. Findet aber gut, dass Bildungsminister zu einem Vortrag da war.
9. Florian, denkt, dass Politiker aller Couleur sich nicht von ihren Parteien trennen werden, deswegen sollten weniger Menschen von Parteien einladen werden um die Landesschulerparlamente nicht unnötig in die Länge zu ziehen.
10. Yixuan fordert mehr Sachlichkeit in Vorträgen wie diesen, damit auch etwas dabei für uns herauskommen kann, ansonsten könnten solche Einladungen auch gerne ausgelassen werden.
11. Torben meint, dass Herr Klug nicht kürzer hätte reden können, weil er sonst nicht alle Themen hätte anreien können, trotzdem ist auch für ihn sehr wenig aus dem Vortrag herausgekommen, meint aber, man solle keine allzu hohen Erwartungen an Spitzenpolitiker auf Landesschulerparlamente stellen.
12. Philipp möchte Herrn Klug persönlich nicht mehr auf Landesschulerparlamenten sprechen hören.
13. Louisa fordert mehr Inhalt in solchen Vorträgen, will mit mehr Ernsthaftigkeit und Fakten in Vorträgen hören, denn Vorträge wie diese brächten uns nicht weiter.
14. Maximilian sieht Fehler beim Plenum, Minister sollten nicht so bloß gestellt werden von uns. Er sei auf Einladung gekommen und fordert mehr Fairness in Diskussionen.
15. Vanessa findet Gruppen sollen sich nur mit einem Thema beschäftigen, damit mehr Grundlagen in solchen Diskussionen zu Tage kommen, und „Expertenteams“ bilden. Die Themenbereiche zu Fragenstellungen sollten klar einteilt sein.
16. Kristof, will auch weiterhin den amtierenden Bildungsminister auf den folgenden Landesschulerparlamenten hören.
17. Lennart meint, es sollte weniger herumgeredet werden und mehr diskutieren werden.

Zwischenzeitlich wurden 3 Geschäftsordnungsanträge gestellt, die die Reflektion beeinflussten:

GO-Antrag von Lukas, auf Schließung der Redeliste wird mit Mehrheit auf Sicht angenommen

GO-Antrag von Florian, auf Streichung der Redeliste wird mit Mehrheit auf Sicht abgelehnt

GO-Antrag auf Kürzung der Redezeit auf 45 Sekunden wird mit Mehrheit auf Sicht angenommen, gestellt von Lukas

### **TOP 7: Vorstellung BBK:**

Sebastian und Max stellen das BBK auf dem LSP vor:

Das BBK ist vor 3 Jahren aus der KSV hervorgegangen, sie organisieren Bildungsstreiks in der Vergangenheit, wollen Druck auf Politiker mit gesellschaftlichem Protest aufbauen. Sie sind gegen das G8-System, aber auch X-Modell sei nicht ausreichend. Eine Schule für alle! Qualität in Schulen. Kostenlose Bildung. Schüler selbst als Nichtwähler zu Protestlern zu machen. Das sind, in kurzen Worten, ihre dargestellten Positionen.

Lockerer Kreis, alle 2 Wochentreffen sie sich und laden uns zu ihren Treffen ein, aber persönlich, nicht die ganze LSV. In Flensburg und Heide gibt es neben dem BBK ähnliche Streikorganisationen.

### Fragen

1. Warum unterstützt ihr keine konkrete Partei?

Wir sind überparteilich, wir haben unser Positionspapier selbst ausgearbeitet und damit unsere perfekte Schule geschaffen, das passt in kein Parteiprogramm. Wollen nur als Stimme für mögliche Parteiprogramme verstanden werden.

1. Demonstrationen während der Schulzeit?

Ja, normal ☺ Streik boykottiert immer etwas, in diesem Fall die Schule, also sollten wir auch wirklich in der Schulzeit demonstrieren geht.

2. Boykottiert ihr euch nicht selber mit Streiks? Nein, wir erhalten damit mehr Medienaufmerksamkeit der Streiks!

3. Wir stehen zu dem bundesweiten Bildungsstreik, solidarisieren uns damit, aber die Termine haben dieses Jahr nicht gepasst.

*GO-Antrag von Merry auf Schließung der Rednerliste ohne Gegenrede angenommen.*

6. Demonstrationen dürfen nicht „vergewaltigt“ werden! Antwort: Das ist unser einziges Mittel wirkungsvoll unsere Meinung zu zeigen!

Überall fehlt das Geld, auch in den Gemeinschaftsschulen, das ließe sich immer wieder feststellen.

*GO-Antrag reduzieren der Redezeit auf 30 Sekunden von Mohammed abgelehnt - auf Sicht Gegenrede von Vivien, zu wenig Zeit um sein Anliegen zu präsentieren.*

*GO-Antrag auf Reduzierung auf 60 Sekunden von Vivien. Ohne Gegenrede angenommen*

4. (Hanno) Warum seid ihr gegen Gymnasien?

Antwort: In keinem Land von Europa hängt die Bildung so stark von dem Geldbeutel und Sozialstatus ab, wie bei uns. Deshalb grenzenlos ohne Einschränkungen gemeinsam lernen.

*GO-Antrag auf Streichung der Rednerliste von Lukas - Mehrheit auf Sicht nimmt das an. Verabschiedung und Applaus.*

*Änderung der Tagesordnung. TOP Lions Club Vorstellung auf morgen mit viertelstündiger Verfrühung -> TO Antrag  
TOP 9 auf TOP 12 verschoben. Beginn 9.45 Uhr im Plenum. Mehrheit auf Sicht angenommen.*

*TO-Antrag TOP 10 verschoben auf morgen früh vor der Podiumsdiskussion von Maximilian gestellt, Gegenrede von Torben, morgen zu wenig Zeit. Abgelehnt.*

Vorstellung des Bildungsföderalismus AK

Si-Jull stellt den Arbeitskreis und die Aspekte vor.

Erklärung des Wortes: Bildung ist Ländersache.

Erklärt die Unterschiede zwischen den Bundesländern, Reiche Bundesländer bevorteilt gegenüber armen Ländern.

Föderalismusreform 2006 GG Art. 91b, Länder müssen konkurrieren und dürfen nicht kooperieren.

Erklärt Kultusministerkonferenz. Damals schon klar: Bildung ist Ländersache. Aber KMK ist nicht verbindlich.

Zwischenfragen betreffen Formalitäten, wie Fremdwörter.

Pascal Gertler übernimmt die Präsentation

Stellt Gegenstücke zwischen Bayern und Schleswig-Holstein dar.

G8 G9 – nur g8 in Bayern

Kleinere Lernpläne/Curricula – umfassendere Curricula in Bayern

*Pro:*

*Länderbezogene Curricula*

*Spezifische Lernpläne*

*Contra*

*Wechsel zwischen den Bundesländern schwierig*

*Keine Einheitliche Ausbildung von Lehrkräften*

*Unterschiedliches Budget*

Fragen und Anmerkungen

1. Lennart: Unterschiedliche Strukturen, Schwerpunkte, Lernpläne/Lernthemen. Unfair bei Bundeslandwechsel -> Umzüge
2. Marie: Die Prüfungsinhalte sind in den Bundesländern unterschiedlich - nicht fair.

GO-Antrag auf Schließung des Plenum um 19.20 Uhr ohne Gegenrede angenommen

3. Leo (BuDe aus Bayern): Bayrische Universitätsabsolventen werden nicht eingestellt. Viele Schülerinnen und Schüler bleiben sitzen.
4. Maximilian: PISA-Studie nicht wirklich gut, auslegbar für eigenen Vorteil.
5. Sönne: Wer war dabei, damit Diskussion erstehen kann. AK-Mitglieder stehen auf ☺

Carsten erläutert Regeln für den Abend.

Sitzungsende um 17. 18 Uhr

Lukas schließt die Sitzung.

## **S A M S T A G**

### **TOP 11** Erneute Begrüßung

Torben begrüßt die Anwesenden um 09:50 Uhr.

Torben begrüßt die BuDes:

Leo (Bayern)

Lina, Sebastian, Patrick (RLP)

Hinweise zum Grundsatzprogramm (wird verteilt).

Ebenso wird die Antwort des Ministers auf den Offenen Brief (Vorabitur) verteilt.

Hinweis auf Benutzung der elektronischen Türen.

Delegiertenzählung: 50 Stimmberechtigte anwesend (09:56 Uhr).

### **TOP 12** Vorstellung des Lions Young Ambassador Preis

Projekt soll junge Menschen und ihr soziales Engagement fördern.

Malte berichtet:

Was genau ist der LYA?

Preis soll Jugendlichen zeigen, dass ihr soziales Engagement gewürdigt wird. Preisträger erhalten finanzielle Unterstützung.

LYA-Preisträger sind Botschafter für soziales Engagement.

Was bringt diese Auszeichnung?

Erfahrungen

Neue Freunde

Anerkennung

Eindrücke

Preisgeld

Wie werde ich LYA?

Mit deinem sozialen Projekt bewerben!

Wie bewerbe ich mich?

Online-Formular (Personen- und Projektvorstellung)

Lions-nord.de/Jugendbotschafter-Anmeldung

Wettbewerbsaufbau:

Vertikal (regional -> international)

Nachfragen:

Muss ich mich mit einem eigenen Projekt bewerben?

Nein, sozial Engagierte können sich auch ohne ein konkretes Projekt bewerben.

Frage nach Finanzierung:

Durch Lions Clubs (Activitys)

### **TOP 13** Kürzlich überarbeitete Publikationen

Bjarne stellt die Neuauflage der Schulprogramm-Broschüre vor.

Wesentliche Änderung zum Vorgänger:

Alt: Infos zu einem Schulprogramm (Was ist das und warum sollte es eingeführt werden?)

Neu: Infos zur Gestaltung des Schulprogramms (Wie schreibe ich eins?)

Torben stellt die Neuauflage von Nutze dein Recht vor.

Ursprungsfassung aus den 90ern.

Torben weist darauf hin, dass es sich auf eine Vorabversion handelt und somit noch Rechtschreib-, Layout-, und ggf. auch Inhaltsfehler bestehen.

Es wird darum gebeten, auffallende Fehler schnellstmöglich per Mail zu melden, damit diese vor dem endgültigen Druck behoben werden können.

Außerdem wird auf die Möglichkeit hingewiesen, sich als Schule an die Drucke der LSV anzuschließen, da dann nur der Kostensatz für die Anzahl der Bestellungen und keine neue Druckplatte getragen werden muss.

Torben bedankt sich bei Oliver Ahmed und Tim Wiegmann für ihre überdurchschnittliche Mitarbeit an der Broschüre.

Malte dankt zudem Torben recht herzlich für seine Arbeit an der Broschüre.

### **TOP 14** Talented

Malte stellt den Talented Musikwettbewerb vor:

Talented ist ein landesweiter Musikwettbewerb, der den Schulen ein Komplettpaket für die Ausrichtung eines professionellen Musikwettbewerbs kostenlos anbietet (PA, Flyer, Banner, Plakate, Eintrittskarten, Organisation, ein professioneller Juror, Preise, ...), bei dem die ausrichtenden Schulen zudem Gewinne machen können.

Mehr Infos unter [talented.de](http://talented.de)

Nachfragen:

Finanzierung?

Sponsoren (feste + lokale Sponsoren)

Nächstes Schuljahr bessere Chancen?

Ja, Kapazitäten dann deutlich größer.

Anmeldung mit benachbarten Schulen gemeinsam möglich?

Ja.

Müssen vor der Bewerbung bei Talented die Bands schon feststehen?

Nein, aber die Schulen sollten sich sicher sein, dass sie zumindest eine gewisse Zahl an Bands zusammenkriegen.

Wer sind die Organisatoren?

Malte + Lennart Beeck + Team (Grafiker, Tontechniker etc.)

Muss die Schule Voraussetzungen erfüllen (Kapazität o. Ä.)?

Grundsätzlich nicht, allerdings sollte eine Location (i. d. R. Aula) verfügbar sein.

Inwieweit können die lokalen Sponsoren werben/sind die Logos der Sponsoren sichtbar?  
Den Sponsoren werden z. T. Werbeflächen bei der Veranstaltung zur Verfügung gestellt.

Weitere Fragen gerne im Anschluss an Malte.

GO-Antrag: Torben beantragt die Verschiebung des TOPs 15 (Vorstellung von MUN SH), da sich der Referent verspätet.

Keine Gegenrede.

Energizer!

### **TOP 15: Podiumsdiskussion**

Torben begrüßt die anwesenden Politiker.

Podiumsteilnehmer sind Herr Andresen (B'90/ Die Grünen), Frau Funke (FDP), Herr Habersaat (SPD), Herr Loose (JU), Herr Thoroe (Die Linke) und Frau Spoorendonk (SSW).

Die Podiumsteilnehmer stellen sich gegenseitig vor.

Es werden Zitate auf dem Beamer gezeigt, zu welchen die Teilnehmer Stellung beziehen können.

1. Zitat: „Bildungsföderalismus – ein Auslaufmodell“

1. Zitat: Es bedarf nicht nur gut klingender Einheitsrhetorik“

Antwort Thoroe: einheitliche Gestaltung reicht nicht. Die Frage;“Wie gestaltet man das?“ sei wichtig. Das ginge am besten bei einer Einheitsschule.

2. „Die Zeit der Absichtserklärungen..

Spoorendonk: Probleme seien schon lange bekannt. Es müsse endlich gehandelt werden.

Verschiedene Handlungsstränge: 1. KMK sollte diskutiert werden. 2. Modernisierung des Bildungsföderalismus - nicht abschaffen!

An gesamtes Podium: Warum ist der Bildungsföderalismus Ihrer Meinung nach ein aktuelles Thema?“

Loose: Bundesebene durch Kooperationsverbot verhindert auf Landesebene einzuwirken.

Kooperationsverbot sei absurd, da es über Umwege umgangen werde.

Funke: Bundesparteitag der FDP werde darüber diskutieren.

1. Meinung: Reform des Bildungsföderalismus. Vergleichbarkeit von Abschlüssen müsse gegeben sein.
2. Finanzierung: Bund sei es untersagt Schulen und Hochschulen zu unterstützen. Gleichberechtigung in allen Bundesländern.

Habersaat:

Bildungssirrsinn in Deutschland. Nichts mehr sei vergleichbar.  
Finanzierung muss ermöglicht werden, da Länder alle pleite seien.

Bundesweit wurden Kurse abgeschafft. Beispiel für keinen Konsens.  
KMK von 1971 Hamburger Abkommen setze Haupt- Realschulen und Gymnasien fest.  
Überarbeitung sei nötig.

Spoorendonk: Bildungsföderalismusreform: nicht alles auf den Bund.  
Bildung müsse gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern sein.  
Föderalismusreform müsse rückgängig gemacht werden.  
Soldarischer Föderalismus, kein Wettbewerbsföderalismus. Bundes- und Landtag müssen sich zusammensetzen und Standards schaffen.

Thoro: Für einen festen Rahmen. Das entspreche der Zeit. Finanzierung müsse dem Bund erleichtert werden. Vereinheitlichung des Schulsystems. („Eine Schule für Alle“)

Andresen: Es seien immer mehr Fehler gemacht worden über die Jahre.  
Rasmus kritisiert, dass die anderen Teilnehmer immer sagen: „Der Bund muss..aber...“  
Schulabschlüsse werden nicht anerkannt. Es gebe viele Gründe, weshalb man das Thema angehen müsse. Die KMK sei ein großes Problem. KMK abschaffen bzw. reformieren.

Nachfrage Loose: Was ist undemokratisch an der KMK?

Die KMK muss mit 100% Mehrheit Beschlüsse fassen, das ist meistens unmöglich, weil sich kein Bildungsminister bewegen will und seinen Kurs und seine Macht abgeben will. Ebenfalls schlecht sei, dass sie nicht bindend für die Länder ist.

Loose: Zwar keine parlamentarische Beteiligung, Bundesrat aber auch nicht.  
Kultusminister sollen Meinung der Regierung repräsentieren.

Spoorendonk: KMK werde oft bürokratisch erlebt. KMK sei auf Regierungsebene, nur die Landesregierungen sind vertreten. Modernisierung der KMK: Kultusminister müssen Themen ernst nehmen. Es sei keine Lösung alles auf den Bund zu verlegen. Schulstrukturen müssten dann ja auch festgesetzt werden.  
Neue Diskussion die nicht weiterhelfen.

Andresen:

KMK: Menschen wie Klug (Bildungsminister) hätten das Problem, dass vieles nur über die Landesregierung entschieden werde. Entscheidungen seien deshalb auch nicht immer verständlich.

Funke: Verlagerung auf den Bund nicht nötig. Riesiges Bildungsministerium. Sei nicht zielführend für Schüler und Lehrer vor Ort. Vergleichbare Standards müssen aber geschafft werden. Entscheidungskompetenz der KMK sehr schwerfällig.

Bundesratsinitiative: Föderalismusreform zurückziehen. Plenum sei sich einig, allerdings nicht in der Umsetzung.

Zitat Klug: „Ich halte das Kooperationsverbot für falsch“

Torben fragt nach, was sie die Teilnehmer konkret an Veränderungen vorstellen.

Funke: Beispiel Uni Lübeck: Mehr Transparenz nötig, da in SH mehr Mediziner ausgebildet werden, als hier nötig. Bund könnte regeln, dass bundesweit Mediziner gebraucht werden.

Habersaat: Es sei richtig, dass SH genug Mediziner ausbilde, allerdings zu wenig Studierende habe. Bund hat vor einigen Jahren über Umwege „energetische Sanierung“ durchgesetzt. Diese Umwege für Sanierungen seien unnötig.

Angst der Länder, dass der Bund vorschreibe, dass bsp. nur Gesamtschulen eingeführt werden.

Thoro: Investitionen in Bildung seien immer richtig. Das „dumme“ Schuldargument sei fehl am Platze.

Loose darauf: Finanzpolitik sei ein wichtiges Thema auch bei Bildung, wenn man sich andere Länder wie Spanien oder Griechenland anschau. Zusammenhänge zwischen gut ausgebildeten Studenten, fehlenden Arbeitsplätzen und dem Finanzhaushalt eines Staates.

Spoorendonk: Diskussion über Schulden und Bildung sei da. Allerdings sei Bildung eine Investition und kein „Schulden machen“.

Andresen: Stimmt Spoorendonk zu. Kooperationsverbot: „Das Geld vom Bund nehmen wir gerne, aber Kompetenzen geben wir nicht ab“. Rasmus hinterfragt, warum der Bund das machen solle.

Ausgangsstatement in einer Minute:

Funke: In Bezug auf das Conrad Zitat: Es ginge nicht um die Standards, sondern um die komplette Abgabe der Kompetenzen. Schweiz sei positives Beispiel. Dort gebe es Bund-Länder-Vertrag.

Keine Bundeskompetenz.

Loose: Wichtig sei die Diskussion über das System. Das sei der alte „Ideologiekampf“. Man müsse sich annähern, um Standards zu schaffen, mit denen alle einen Konsens finden und einen Schulfrieden zu schaffen und die Strukturdebatte abzuschaffen.

Habersaat: Große Unterschiede zwischen der Schulpolitik in der SPD. Stellt sich die Frage, ob er das vertreten könne, was der Bund beschließt. Wie soll der Bundestag beschließen, was für Flensburg richtig sei.

KMK sei demokratisch, da die Vertreter der Regierung vor Ort seien.

Spoorendonk:

BRD bestünde aus 16 Ländern (Föderalismus).

Frustration über das, was geändert werden müsse. Nicht alles was vom Bund komme, sei richtig. Stimmt Habersaat daher zu. Gemeinsamkeiten müssten viel mehr in den Mittelpunkt gestellt werden.

Es müsse viel mehr solidarisch von Bund und Länder gehandelt werden. Nur Bundeskompetenzen würden zu neuen unnötiger Diskussion führen.

Thoroë:

Bildungsföderalismus und Vereinheitlichung sei nicht nur schlecht. „Gymnasium für Alle“ Grundrecht gutausgebildet zu werden.

Andresen:

Es sei nicht alles gut, was aus Berlin oder auch aus Kiel komme. Es käme immer auf politische Mehrheiten an.

Frau Schavan lenke viele Sachen besser als Herr Klug. Vieles werde in Berlin schneller erkannt als in Kiel.

Diskussion sollte nicht auf Verwaltungssachen greifen. „Mehr demokratische Bundeskompetenz“. Dabei aber auch Freiheiten für Schulen vor Ort. Lehrerbildung solle auch Bund entschieden werden. Aber die Freiheiten mehr an Schulen geben.

Fragen aus dem Plenum:

Mohammad an Thoroë: Wieso Einheitsschule? Jeder Schüler müsse individuell gefördert werden.

Sönne: Gymnasium für Alle. Keine Gymnasien. Man könnte auch von einer „Hauptschule für Alle“ sprechen. Das schränke die Individualität der Schülerinnen und Schüler ein.

Yixuan: Investitionen müssen mit Zukunft umgesetzt werden.

Bela: Wenn das Kooperationsverbot aufgelöst werde, könne man das Absacken einiger Länder verhindern?

Antwort Thoroë:

Alle ein Weg zum Abitur. Individualität sei durch Vereinheitlichung möglich. Binnendifferenzierung würde auf Stärken und Schwächen eingehen.

Loose: Zeigt Schuldschein. Teilt den auch aus. Jeder Bürger hat 9466 € Schulden in SH.

Haushalt konnte sich in SH reduzieren unter Ministerpräsident Peter-Harry Carstensen. Man müsse in Bildung investieren, aber wo sei die Rendite?

Auf Dauer funktioniere es nicht über Abgaben und Steuereinnahmen in Bildung zu investieren.

Frau Spoorendonk: 2-gliedriges System in SH sei problematisch. Modell Schule für Alle.

Bis zur 10. Klasse gemeinsamer Unterricht.

Man bräuchte die Auffächerung nach der 10. Klasse in berufliche und Gymnasien.

2-Gliedrigkeit müsse überwunden werden.

Habersaat:

Die Vergleichbarkeit der Länder nicht mehr möglich. Den maximalen Wert erreichen auch über bundeseinheitliche Standards.

Richard an Thoro: „Wieso ziehen sie die Realschule und Hauptschule so in den Dreck?“

Hannes an Andresen: Fokus solle auf Freiheiten an den Schulen gelegt werden. „Wo soll das Geld für die Kompetenzen an den Schulen herkommen?“

Thoro: Hauptschüler und Realschülern werden nicht auf den Ausbildungsmarkt gefragt. Schüler zusammen bis zur 10. Klasse.

Andresen: Viele Verwaltungsaufgaben, die als Stellen vom Ministerium an Schulen gegeben werden können, um Entlastung in Verwaltungsausgaben zu ermöglichen.

Torben dankt den Teilnehmern der Podiumsdiskussion. Malte dankt mit Merci.  
Torben lädt die Teilnehmer zum Essen ein.

**TOP 13:** Vorstellung von MUN S-H wird nachgeholt.

Tim Wiegmann stellt vor:

Parlamentarisches Planspiel (Nachstellung der Vereinten Nationen)

400 Teilnehmer ab 16 übernehmen die Rolle von UN-Diplomaten

Dauer: ein Wochenende im Landeshaus (inkl. Vor- und Nachbereitung fünf Tage)

Teilnahmemöglichkeiten: Mitwirkung als Mitglied einer Staatsdelegation in der Generalversammlung sowie Ausschüssen, Mitwirkung als Mitglied einer NGO (nichtstaatliche Organisation, z. B. Greenpeace), Mitwirkung als Journalist

110 simulierte Staaten

Externe Gäste: Redner der Vereinten Nationen zu Gast

Teilnehmerbeitrag: 50,- € (inkl. Verpflegung)

15. – 19. März 2012

Anmeldeschluss für LSP-Teilnehmer verlängert: 13. November

[www.mun-sh.de](http://www.mun-sh.de)

Nachfragen:

Wird es 2 Presseteams geben?

Ein Fernseh- und ein Zeitungsteam.

Keine Boulevard-Presse.

Bewerbung als feste Gruppierung?

Ja, Bewerbung als Delegation.

Außerdem für delegationslose Einzelpersonen die Möglichkeit, sich einer offenen Delegation anzuschließen.

Wie viele Plätze sind noch frei?

DMUN hat noch keine Zuteilung gemacht. (Faktor: Qualität der Bewerbung)

Übernachtung?

DMUN kann keine sichere Übernachtungsmöglichkeiten stellen, vermittelt aber bei rechtzeitigem Melden zu Partnern, bei denen Plätze für MUN SH geblockt wurden. Die Finanzierung der Übernachtung liegt aber beim Teilnehmer.

Veranstaltung auf Deutsch oder Englisch?  
MUN SH auf Deutsch.

Grußwort durch Laura Brosnien (kommissarische LSSpr der GemS)  
Torben weist auf die positive Entwicklung der LSV GemS in den letzten Monaten hin.

Grußwort der LSV RLP (Dina und Patrick).

Grußwort der LSV NRW (Maurice)

Grußwort der LSV BY (Leo)

PAUSE

Wiederaufnahme des Plenums: 14:20 Uhr

**TOP 16** Auswertung der Podiumsdiskussion >> Leitantrag „Bildungsföderalismus reformieren“

Torben ruft den Tagesordnungspunkt auf und stellt das Verfahren vor.

Laura Saß verlißt den Leitantrag stellvertretend für den Arbeitskreis Bildungsföderalismus. Zur Begründung führt sie an, dass der AK als Grundvoraussetzung der Bewältigung aller Krisen ein suffizientes Bildungssystem sehe. In der BRD jedoch gebe es mehr als 20 Wege zum Abitur und jeder Bildungsminister erlasse am Anfang „seiner“ Amtszeit immer gleich einen neues Schulgesetz oder einen neuen Erlass.

Insgesamt kritisiert Laura den starken Wechsel der Bildungspolitik im Rahmen des Bildungsföderalismus.

Des Weiteren sei Bildung in der BRD eine Frage des Geldes der speziellen Bundesländer, dies sei im Rahmen der Gleichberechtigung nicht haltbar. Die Bundesländer würden sich derzeit sogar gegenseitig Lehrkräfte abwerben, um nicht selber welche ausbilden zu müssen. Eine Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler müsse gewährleistet sein, egal, in welchem Bundesland die jeweilig betreffende Person lebe.

Andersherum sei ein Regionalbezug zur Bildungspolitik sehr wichtig. Hamburger Schulen würden einer ganz anderen strukturellen Bildungsvorgabe genügen als Schleswig Holstein. Aus diesen Gründen müsse es föderale Bildungsstrukturen geben um die Bedürfnisse der einzelnen Bundesländer einfließen lassen zu können.

Die Nachhaltigkeit von Bildung und der Beantwortung bildungspolitischer Fragen müsse im Vordergrund stehen.

Das Kooperationsverbot sei in der aktuellen Form sehr hinderlich, da es gerade die Finanzierung der Bildung erschwere. Die Kooperation von Bund und Ländern müsse insgesamt verbessert werden.

Um diese Mängel abzustellen und die ziele zu erreichen müsse die Kultusministerkonferenz (KMK) gestärkt werden. So müssen zum Beispiel Beschlüsse mit einfacher Mehrheit gefasst werden können, die dann für alle Bundesländer gültig sind.

Das ziel müsse vom Bund vorgegeben werden, die Länder sollen dann individuell umsetzen. Dabei müssen abgestimmte Evaluationsmechanismen zwischen Bund und Ländern überprüfen und sicherstellen, dass die Zusammenarbeit überwacht und reibungslos gestaltet.

Der Antrag wird zur Debatte im Plenum freigegeben.

Leo Wörtche, der Bundesdelegierte der LSV Bayern erhält das Wort. Er begrüße den Antrag grundsätzlich. Dabei betont er, dass die Statuten der KMK geändert werden müssten um die Forderungen umzusetzen. Er fügt an, dass man auch europaweite Standards und Ziele formulieren könne. Weder Bund noch Land sollten die Strukturen

Es wird argumentiert, dass der Antrag nicht mit der vorgetragenen Begründung übereinstimmen würde und beispielsweise vorgetragene Kompetenzen, die laut Begründung in Kiel bleiben würden im Antrag nicht vorgesehen seien.

Philipp trägt vor, dass die KMK abgeschafft werden sollte.

[Mehrere Vorschläge zum Arbeitskreis werden geäußert, die als Änderungsanträge formuliert werden, weshalb sie hier nicht weiter protokolliert werden.]

Maike Schäfer stellt einen GO-Antrag auf Vertagung des Antrages um mind. 1 Stunde und 5 minütige Pause.

Es erfolgt die Gegenrede, dass der AK eine Pause nicht brauche. Der GO-Antrag wird von einer Mehrheit auf Sicht angenommen.

Antrag F1

Antragsteller: Landesvorstand vertreten durch Torben Stallbaum

Begründung: Das letzte LSP hat ein nicht dudenkonforme Schreibweise beschlossen. LaVo fiel Übergangentscheidung. Erst einmal dudenkonform gendern. Wir brauchen nun die Zustimmung. Eine Ablehnung hätte zur Folge, dass alle Veröffentlichungen zwischen dem letzten LSP und diesem zurückgenommen werden müssten.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung ohne weitere Debatte. Bei 4 Enthaltungen, keiner Gegenstimmung ist dieser Antrag angenommen.

GO-Antrag auf 8 Minuten Pause. – Eine Frage: Was ist mit der Auswertung der Podiumsdiskussion. Soll in die Diskussion vom Leitantrag mit integriert werden. 8 Minuten Pause.

## **TOP 17**

Timm leitet den TOP ein. Stellt alle Vertreter der Jugendorganisationen vor.

Dennis (Julis) –

Vorstand politischer Jugend Kiel. Torben hat die Julis beim Landeskongress besucht. Wofür stehen die Julis in der Bildungspolitik: Von G8 abgerückt. Das verstehen die Julis als liberal, als vernünftige Wahlfreiheit. Neue Profileroberstufe, die von der amtierenden Regierung eingeführt wurde, schafft mehr Freiheit. Zur neue Datenschutzdebatte. Dieses Programm hat nichts auf den Computern der Schule zu tun. Haushaltskonsolidierung macht Sinn. Dabei wollen die Julis aber die Bildung heraus nehmen und im Feld der Bildung keine Einsparungen machen. Die nach gelagerten Studiengebühren sind nur dann sinnvoll, dass man auch nach dem Studium keinen festen Regelsatz zu zahlen, sondern dann abhängig von dem jeweiligen Beruf, der nach dem Studium gewählt wurde -> verweist auf Hamburg.

Testet, welche Delegierten ein, zwei oder gar kein Elternteil mit einem Abiturabschluss. Es sind auffällig viele mit beiden Elternteilen mit Abitur, die wenigsten haben kein Elternteil, was kein Abitur haben.

Maylinn Janowitz (Grüne Jugend)

Hauptsache Schüler, Jugendliche und Studenten sind in der Jugendorganisation. Bildung noch ein Privileg in Deutschland. Das will die GJ verändern. Bildung ist ein Gut zudem alle Zugang haben sollten. Fordern Gebührenfreie Ausbildungsmöglichkeiten. Zentraler Aspekt der Bildungspolitik. Sie lehnen das „Turbo“-Abitur G8 ab. Schüler sollen den Lernprozess eigenständig gestalten können. Die Profiloberstufe ist nicht die Grundlage dafür. Jetzige Noten- und Punktesystem ist keine richtige Lösung. Dies ist sehr einseitig und undifferenziert. Auf dem Schulhof und in kleinen Klassen können sich Freundschaften bilden. Bildung ist ein Zukunftsthema, und sollte nicht vom Geld abhängen. Daher fordern sie kostenloses Essen in den Mensen und einen Schulweg, dem es niemanden verbietet auf die Schule seiner/ihrer Wahl zu gehen.

Merle (Jusos)

Torben und Lennart waren beim Landesvorstand zu Besuch. Sie sind links. Ungefähr 70 000 Mitglieder. Kampf gegen Recht. Nazis haben keinen Platz in unserer Gesellschaft. Gleichstellung – Frauen und Männer sollten gleich viel verdienen. Bunte Gesellschaft – jede sollte von seiner Arbeit leben können. Bildung: Eine Schule für alle. Soziale Herkunft sollte keine Rolle spielen. Links Feministisch. Ein Studium ist eine Investition in die Zukunft, deswegen sind das „gute Schulden“ und fordert daher eine Abschaffung der Studiengebühren und möchte auch keine Nachlagerung der Studienkosten. Der gesamte Schulweg, von Schulbüchern bis Nachhilfe muss kostenlos sein und für jeden zugänglich.

Jörg (SSW)

Gleichheit Friede und Spaß! – Motto.

Bildung: Historischer Hintergrund. Bildung war schon immer existentiell wichtig. Schule sieht er als eine Plattform zur Bekämpfung von vielen gesellschaftlichen Problemen, die Aufklärung beispielsweise. Sparen in der Bildungspolitik ist ein „no go“. Gibt das Beispiel Skandinavien an, wo das BAföG sehr sinnvoll eingesetzt ist, und dies auch auf Deutschland übertragen möchte, natürlich ohne Studiengebühren. Erst ab der Oberstufe werden gute Noten cool, und eine Schule für alle birgt auf der anderen Seite auch Risiken, daher nicht eine Schule für alle, sonst könnten andere Schüler heruntergezogen werden.

Schlusswort: Bildung für alle, und zwar kostenlos!

Tobias (JU)

Wollen die CDU verjüngen und damit sich mehr einbringen

Lehrerbildung zu wenig passiert, Lehrer sollen mehr aus der Praxis kommen, und als Quereinsteiger wirken.

Fordern ein zweigliedriges Schulsystem und auch den Schulfrieden, wissen aber noch nicht genau wie es umgesetzt werden soll. Sieht die neu eingeführten Bildungsgutscheine als positiv, erkennt die entstehende Stigmation nicht!

Bildung ist ein Bereich in dem sie auf keinen Fall sparen wollen. Wünscht sich nach

gelagerten Studiengebühren, wie die JuLis, führt ebenfalls das Beispiel Hamburg auf (siehe JuLis).

Schulden sind bei der JU ein großes Thema, wie, ob es weiter gehen soll und geben kontra und eine andere Sichtweise zur CDU, hauptsächlich natürlich jugendbezogene Sichtweisen. Ruft alle Anwesenden auf sich in einer politischen Jugendpartei zu engagieren.

Simon (Solid)

Bemängeln, das die Bildung immer noch vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Sie wollen die Gymnasien abschaffen und fordern eine Schule für alle. G8 ist eine „Riesensauerei“, Gesamtschulen sind auch nur „Mogelpackungen“.

Menschen sollen auf jeden Fall vor der Wirtschaft und dem Geld stehen, daher unterstützen sie auch die Bildungstreiks, wollen dass alle Jugendliche für eine bessere Schule und ein besseres Leben eintreten. Er selber ist empört, dass das Plenum so gegen den Bildungstreik applaudiert, sieht streiken mehr als eine Möglichkeit Aufmerksamkeit zu bekommen und die Schule für einen Tag lahm zu legen. Deutschland hat im internationalen Vergleich einen der selektivsten Bildungswege. Klaffende Ungerechtigkeiten dürfen nicht wieder aus fehlendem Geld entstehen.

Fordert die Politik auf, der LSV mehr Gehör zu schenken.

Es wird den Jugendparteien gedankt, dass sie sich hier präsentierten

**TOP 19: Anträge**

*A1: Mehr Schulpsychologen an unsere Schulen !*

Tim verliest den Antrag und Lennart begründet ihn damit, dass viel zu wenige notwendige Schulpsychologen für Schüler zugänglich sind. Sie können nicht durch Schulpädagogen ersetzt werden, da ihr Aufgabengebiet ein anderes ist.

Jakob bringt den Punkt ein, dass seiner Meinung keine so große Notwendigkeit herrscht, da Sozialarbeiter die Problemfälle ebenfalls abdecken könnten.

Der Antrag wird an sich als Maximalantrag gestellt, da die Forderung so besser zu formulieren ist, auch wenn es nicht in der Form realisierbar sein wird.

Kathi ist der Meinung, viele Jugendliche haben schon schwerwiegende Probleme auf psychologischer Ebene, wodurch die Kompetenzen von Sozialarbeitern überschritten werden und nur noch Schulpsychologen helfen können.

Lehrer haben ebenfalls nicht die Kompetenz, Schüler auf ihre psychologische Gesundheit zu überprüfen und somit versteckte Belastungen festzustellen. Schulpsychologen sollen auch nicht nur auf innerhalb der Schule entstandene Probleme eingehen, sondern mit den Schülern arbeiten und ihm in allen Bereichen fachspezifisch unterstützen.

GO Antrag von Lukas auf Begrenzung der Rednerliste auf 90 Sekunden

Es kam eine formale Gegenrede, Antrag wurde angenommen.

Der Wert der präventiven Arbeit wird von den Schulpsychologen dadurch ebenfalls unterstrichen. Auch die finanzielle Frage sollte zuletzt gestellt werden.

GO-Antrag von Florent auf sofortige Abstimmung

Es gibt eine inhaltliche Gegenrede (es haben noch nicht alle Teilnehmer ihre Meinung kundgeben konnte)

Mehrheit auf Sicht stimmt für den Antrag

Antrag A1 wird bei Mehrheit auf Sicht, 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen

*Antrag A2: Formelle Anpassungen*

Timm verliert den Antrag und Torben begründet ihn wie auf der Informationsmappe geschrieben. Es seien Ausschließlich formelle Fehler und hinterbliebene Relikte aus der Zeit mit den Gesamtschulen.

Zunächst werden die Delegierten gezählt.

Bei 51 anwesenden Delegierten wird der Antrag bei 50 Stimmen und einer Enthaltung angenommen, die Satzung wird geändert.

*Antrag A3: Gendern freistellen*

Michel stellt den Antrag so vor, wie er vorliegt. Torben bringt den Punkt ein, dass im Husum-LSP schon eine langstündige Diskussion stattgefunden hat, die sich um das Gendern handelte und einen klaren Beschluss diesbezüglich ergab. Diese Diskussion ist schon einmal geführt worden und es wird um Ablehnung des Antrages gebeten.

Es gibt einen GO Antrag auf sofortige Abstimmung

Gegenrede: dieses Thema sollte fundiert ausdiskutiert werden.

Der Antrag wird bei Mehrheit auf Sicht angenommen.

Der Antrag A3 wird sofort abgestimmt (22/18/11) und angenommen.

*Antrag A4: Vorstand im Gendern folgen*

Torben verliert den Antrag und stellt einen GO Antrag auf sofortige Abstimmung

Brian stellt einen GO Antrag auf Nichtbehandlung des Antrages A4 und ist somit weitreichender,

Dieser Antrag muss abgestimmt werden (Mehrheit auf Sicht, 8 Gegenstimmen)

GO Antrag auf Nichtbehandlung des Antrages A4 wird angenommen.

Antrag A5 wird zurückgenommen.

*Antrag A6: Transparenz der Vorstandsarbeit*

Der Antrag wird von den Antragsstellerinnen so wie schriftlich vorliegend vorgetragen.

Carsten sagt, dass es nicht zielführend ist, den Vorstand zu zwingen de

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung

Mehrheit auf Sicht. 8 Gegenstimmen.

Änderungsantrag von Florent

Flo begründet den ÄA damit, dass der Ursprungsantrag zu sehr in die Privatsphäre der LaVoMis eingreift.

Torben spricht sich für die Annahme des Antrages an.

Der ÄA ist bei:

Bei Mehrheit auf Sicht

2 Gegenstimmen

11 Enthaltungen

ANGENOMMEN.

Timm verliert nochmals den veränderten Antrag. Eine Zweidrittelmehrheit ist nötig.

19 Stimmen dafür 13 dagegen, Rest Enthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt.

### *A7: Medienverbote stoppen !*

Brian stellt den Antrag vor und erläutert, dass das Handy, iPod, Smartphone, etc. –Verbot mittlerweile sehr überholt. Das Hauptargument der meisten Schulleitungen ist, dass Cybermobbing verhindert werden soll. Dieser Antrag richtet sich aber an die positiven Eigenschaften (z.B: Terminkalender) dieser Geräte. (S. Begründung)

Es ist schwierig, diesen Antrag so anzunehmen, da man beispielsweise auf den Schulhof nicht unterscheiden könnte, was die jeweiligen Schüler mit ihren Geräten machen (Vivien).

Lynn erfragt, ob die Funktionalität der Geräte über das Wohl der Schüler gestellt wird. Brian streitet dies ab.

Es wird der Nutzensvorteil dieses Antrages hinterfragt, da häufig während und auch nach der Schule App-Geräte genutzt werden.

An einer Schule werden solche Smartphones bereits aktiv im Unterricht genutzt und die Medienkompetenz zu erhöhen und den Unterricht besser zu gestalten.

GO Antrag auf Schließung der Rednerliste wird mit Mehrheit auf Sicht angenommen

GO-Antrag von Bjarne auf Beschränkung der Rednerzeit auf eine Minute wird gestellt, bei einer inhaltlichen Gegenrede angenommen (26/20).

Es wird angemerkt, dass Schule das Recht auf Kommunikation nicht nehmen dürfe, jedoch werden Handys aufgrund ihrer anderen Funktionen nicht akzeptiert (Jojo). Michel möchte noch mal betonen, dass der Personenschutz selbstverständlich über App-Nutzung gehe, aber das Mobbing-Potential ist bei anderen Formen (Zettel, Verbal) gleich. Meike merkt an und kritisiert Michel, dass in dieser Form (Internet) das Mobbing in einem größeren Kaliber begangen werden kann.

Louisa befindet sich auf einer Schule, bei der niemand es negativ anmerkt, wenn selbst Laptops im Unterricht benutzt werden.

Brian möchte noch einmal klarstellen, dass allein die Multifunktionalität zur Debatte steht. Das Smartphone selbst, mit seinen zahllosen praktikablen Funktionen, soll als helfendes Gerät nicht verboten werden.

Julian hat die Befürchtung des Missbrauches dieser Regelung bei Klausuren, die Hemmschwelle der Nutzung würde sinken. Auch würden die Schüler, die sich das Gerät leisten könnten und sich durch Surfen im Internet Pluspunkte bei den Lehrern holen.

### ÄA1 Von Bela:

Die Nutzung soll nur in den Pausen erlaubt, während des Unterrichtes aber untersagt werden.

Brian setzt diesem Antrag inhaltlich nichts entgegen.

Der Änderungsantrag wird angenommen (Mehrheit auf Sicht).

### ÄA2 von Luca:

Der Antrag soll nur für die Oberstufe gelten.

Torben stellt einen GO Antrag auf Streichung der Rednerliste und sofortige Abstimmung des ÄÄ2 und er wird bei Mehrheit auf Sicht angenommen.

Der ÄA2 wird bei Mehrheit auf Sicht abgelehnt.

### ÄA3 von Sönne:

Ergänzung des Antragstextes

Es bietet einen erheblichen Vorteil gegenüber den herkömmlichen Methoden der Organisation.

Es wird ein GO Antrag auf Nicht-Abstimmung beantragt und dieser wird (19/21) abgelehnt. Torben stellt einen GO Antrag auf Streichung der Rednerliste und sofortige Abstimmung des ÄÄ3 und wird angenommen. Der ÄÄ3 wird abgelehnt.

Brian ändert selbst seinen Antrag, indem er die Forderung an das Ministerium herausnimmt.

Abstimmung A7: Mehrheit auf Sicht/ 13 Gegenstimmen/4 Enthaltungen angenommen.

Lennart stellt einen GO Antrag auf vorziehen des Antrages A11.

*Antrag A11: AK Bildungsföderalismus*

Lennart und Laura Saß stellen den neuen Leitantrag des AKs vor. Jakob fragt nach, warum das KMK behandelt wird. Lennart erläutert, dass ein endgültiger Vorschlag gemacht vorgelegt werden sollte.

Jörgen R: Erster ÄÄ

Abstimmungen der KMK müssen einstimmig getroffen werden müssen.

Lennart findet, dass das Gremium so an Beschlussfähigkeit verliert.

Jörgen nimmt die Änderung von Jakob als freundlich an. Nun soll eine zweidrittel Mehrheit genügen.

Mehrheit auf Sicht.

3 Gegenstimmen

4 Enthaltungen

Der erste ÄÄ ist angenommen.

Torben: Zweiter ÄÄ

Der ÄÄ wird vom AK als freundlich übernommen. Der vorletzte Satz über die FÖZs wird gestrichen.

Der ÄÄ ist übernommen.

Malte Neeß: Dritter ÄÄ

Hinter „und zu kontrollieren.“ Wird etwas ergänzt.

Malte möchte nicht, dass das Geld für Schulen zusammengestrichen wird.

Lennart und Jakob finden diesen Antrag unpassend.

Daraufhin wird der ÄÄ zurückgezogen.

Der gesamte veränderte Antrag wird abgestimmt.

Abstimmung

Mehrheit auf Sicht.

0 Gegenstimmen

3 Enthaltungen

*A11*

Lennart begründet den Antrag. Er fragt die Runde, ob sie noch weiter diskutieren wollen.

Jakob findet das Thema Bildungsföderalismus sehr wichtig, für ihn ist die Frage elementar, ob sich Leute finden, die dies weiter bearbeiten wollen.

Lennart stellt klar, dass schon sehr detailliert beraten wurde.

Erster ÄA

Jakob möchte, dass der AK seine Arbeit fortführt.

Lennart fragt, ob jemand sich dafür engagieren würde.

Mehrheit auf Sicht.

0 Gegenstimmen

einigen Enthaltungen

Der AK wird fortgeführt.

Antrag A8: Volksinitiative Schülerbeförderungskosten

Torben verkündet eine Streichung. „deren voraussichtliche Initiatoren (...) Landeselterbeiräte sind.“ wird gestrichen.

Er stellt den Antrag als aus dem Grundsatzprogramm resultierend vor.

Torben stellt auf Anfrage klar, dass die Kosten von allen Schülern bis zur 13. Klasse erstattet werden. Jakob widerspricht dem Antrag, weil er nicht glaubt, dass diese Kosten tragbar sind.

GO-Antrag auf Streichung

Formale Gegenrede

Mehrheit auf Sicht.

Der Antrag ist angenommen

Es wird über den Antrag abgestimmt.

Mehrheit auf Sicht

4 Gegenstimmen

2 Enthaltungen

Der Antrag ist somit angenommen.

*Rückholantrag für A3 und A4* von Malte Kosub und Lukas Johnsen

Er will eine feste Verpflichtung für den LaVo. Die abgestimmten Anträge sind widersprüchlich.

Jakob widerspricht.

Die Zahl der Stimmberechtigten wird überprüft. Es sind 50 Stimmberechtigte anwesend.

34 Stimmen sind für 2 drittel notwendig

32 Stimmen sind für den Rückholantrag für A3, 17 sind dagegen.

Die nötige Mehrheit ist nicht erreicht, der Antrag ist abgewiesen.

Der Rückholantrag für A4 wird abgestimmt.

Dafür sind 31 Stimmen und 20 dagegen.

GO-Antrag zum Vorziehen von A10. Torben stellte den Antrag, es gibt keine Gegenrede.

*A10*

Torben will den Tätigkeitsbericht später machen, weil man da schon so zu viel stressig ist.

Lennart schließt sich dem an.

Es wird sofort danach abgestimmt.

Mehrheit auf Sicht.

Bei einer Enthaltung und keiner Gegenstimme wird der Antrag angenommen.

Torben stellt den GO-Antrag den Antrag A9 auf den nächsten LSP zu verschieben.

Inhaltliche Gegenrede: Warum können wir den Antrag nicht jetzt noch schnell machen?

Mehrheit auf Sicht.

9 Gegenstimmen.

Der GO-Antrag ist angenommen.

Damit ist der TOP 19 abgeschlossen.

Torben verkündet organisatorische Dinge. Alle sollen den Tätigkeitsbericht lesen.

## S o n n t a g, 6. November 2011

### **TOP 20:** Begrüßung

Torben begrüßt und klärt organisatorische Dinge.

Torben begrüßt Herrn Panten.

### **TOP 21:** Vortrag des Verbandes der Beratungslehrer

Peter Panten berichtet von dem Verband der Beratungslehrer und der Funktion dieser.

Er bemängelt, dass Schleswig-Holstein keine Beratungslehrer ausbilde.

Herr Panten fordert Schüler auf, den „Beratungslehrer“ in die Schulen zu tragen.

Es werden Nachfragen aus dem Plenum gestellt.

Herr Panten hinterlässt Informationsflyer.

Delia, Brian, Lennart, Carsten, und Torben stellen ihre Workshops vor.

Kommunikation, Rhetorik, Öffentlichkeitsarbeit, Präventivmaßnahmen an der Schule und Schülermitbestimmungsrechten.

Workshops beginnen und das Plenum verteilt sich.

Das Plenum findet sich wieder zusammen. Es sind 50 Delegierte anwesend.

### **TOP 21:** Entlastung des Landesvorstands

Der Tätigkeits- und Finanzbericht wird von Lynn Moldaenke und Torben Stallbaum vorgestellt.

Carsten Totzke übernimmt die Entlastung des Landesvorstand. Der Landesvorstand wird bei 9 Enthaltungen entlastet. Carsten verabschiedet die Mitglieder des Landesvorstands. Der Landesvorstand bedankt sich bei Torben für seinen Einsatz als Landesschülersprecher.

## TOP 22: Wahlen

Es wird eine Wahlkommission gebildet, die offen und en block abgestimmt wird.  
Tim Wiegmann klärt die Delegierten stellvertretend für die Wahlkommission über die Regelungen zur Wahl auf. Fragen aus dem Plenum werden geklärt.  
Lukas Johnsen wird als LSS vorgeschlagen und nimmt die Kandidatur an.

Lynn Moldaenke und Brian Zube, Luk Kluetz und Maike werden vorgeschlagen, nehmen allerdings die Kandidaturen nicht an.  
Lukas Johnsen stellt sich vor und legt seine Beweggründe für seine Kandidatur dar, er räumt seine bereits vielen Hobbys ein und verspricht, diese in den Hintergrund zu stellen, bittet um das Vertrauen und wird mit Applaus verabschiedet.

Da die Wahlen zum LSS und zu den StellvertreterInnen gleichzeitig durchgeführt werden, werden zunächst Vorschläge für das Amt des/der stellv. LandesschülersprecherIn.  
Folgende Kandidaten werden vorgeschlagen und nehmen die Kandidatur an:

- Si-Jull Lim
- Mohammad Rejai
- Lynn Moldaenke
- Brian Zube
- Jonas Weidel
- John-Lloyd Holler
- Florian Lienau
- Lara Hammersen
- Johannes Kleinwort
- Vanessa Fröbel
- Till Weber

Folgende Kandidaten werden vorgeschlagen und nehmen die Kandidatur nicht an:

- Sönne
- Jakob
- Jonas Fiedler
- Laura
- Ruth
- Louisa Blume
- Anton Jaekel

Die Kandidaten für das Amt des/der stellv. LandesschülersprecherIn stellen sich vor.

Es sind noch 49 Delegierte anwesend.

Carsten Totzke wird als Landesverbindungslehrer im Amt einstimmig in offener Wahl bestätigt. Der alte Landesvorstand bedankt sich bei Carsten für seine Arbeit und wünscht ihm viel Erfolg für die kommenden zwei Jahre.

Tim Wiegmann stellt stellv. für die Wahlkommission die Arbeit des Landesschulbeirates vor und klärt Fragen aus dem Plenum.

Malte Kosub schlägt Torben Stallbaum vor. Dieser nimmt den Vorschlag an.

Florent wird vorgeschlagen, lehnt die Kandidatur ab. Mohammad wird vorgeschlagen, lehnt aber ab. Timm Wüstenberg lehnt Kandidatur ab.

Christoph Maibaum stellt das Ergebnis der Wahl des Landesschülersprechers und seines Vertreters vor.

Lukas Johnsen ist gewählt als neuer Landesschülersprecher der Gymnasien in Schleswig-Holstein.

Es wird ein GO-Antrag auf freie Blockwahlen von Si-Jull Lim gestellt. Einstimmig angenommen.

Torben Stallbaum und Jakob Pape werden bei 2 Enthaltungen im Block gewählt.

Seine Vertreter- und Vertreterinnen:

Si-Jull Lim

Mohammad Rejai

Lynn Moldaenke

Brian Zube

John-Llyod Holler

Florian Lienau

Lara Hammersen

Johannes Kleinwort

Till Weber

### **TOP 23:** Sonstiges

Lennart fordert die Interessierten auf, sich auf die E-Mailliste des AK Bildungsföderalismus zu setzen.

Hanno lobt das produktive LSP.

Carsten kündigt an, dass sich jeder zum nächsten LSP Besteck, Becher und Teller selbst mitbringen solle.

Lynn kündigt einen Antrag für einen Arbeitskreis Newsletter an und bittet um Interessenten, die sich in diesem engagieren könnten.

Torben bedankt sich für das produktive und gut verlaufene LSP und schließt das 1. LSP des laufenden Schuljahres um 14:13.